

Gemeinde Malterdingen

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am 3. Februar 2015 (Beginn 19:30 Uhr; Ende 22:20 Uhr)

im Bürgersaal des Rathauses Malterdingen

Vorsitzender: Bürgermeister Bußhardt

Zahl der anwesenden Mitglieder: 11 (Normalzahl 13 Mitglieder)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Iris Schillinger und Dieter Zipse

Schrifführer: Hauptamtsleiter Leonhardt

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Architekt Schillinger (Top 2)

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 27. Januar 2015 eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 29. Januar 2015 bekanntgemacht worden ist und
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Zur Beratung und Beschlussfassung kommen folgende

Tagesordnungspunkte:

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer
2. Evangelischer Kindergarten "Sofie Roth"
 - Umbau und Erweiterung
3. Bushaltestelle in der Hauptstraße
 - Antrag der FWG-Fraktion
4. Einbau einer vernetzten Rauchwarnmeldeanlage im Rathaus
 - Auftragsvergabe
5. Sanierungsmaßnahmen in der Grundschule
 - Auftragsvergaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 20. Januar 2015
7. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung
8. Bekanntgaben, Verschiedenes
9. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Evangelischer Kindergarten "Sofie Roth"
- Umbau und Erweiterung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der mit der Planung beauftragte Architekt Schillinger an der Sitzung teil.

Die Sitzungsvorlage 5/2015 ö, ein Ausdruck der von Bürgermeister Bußhardt gezeigten Folien, sowie eine Kopie des Entwurfs 8.1 für den Erdgeschossgrundriss sind dem Protokoll als Bestandteil beigefügt.

Bürgermeister Bußhardt weist auf den steigenden Bedarf bei VÖ- und Ganztagsbetreuungsplätzen hin. Die Eltern hätten einen Rechtsanspruch auf einen entsprechenden Kindergartenplatz. Zudem fehle es an einem Essensraum und an einem weiteren Schlafräum. Hierzu wird vorgeschlagen, den vorhandenen Mehrzweckraum umzubauen und statt dessen einen neuen Mehrzweckraum im Hof anzubauen. Aufgrund der jetzt bereits bekannten Anmeldezahlen für das kommende Kindergartenjahr stehe der Bedarf für eine fünfte Gruppe fest. Dieser Bedarf werde bei der Planung berücksichtigt. Die Geburtenzahlen seien in den letzten drei Jahren gestiegen. Ob künftig in der Asylbewerberunterkunft im Unterwald auch Familien mit Kindergartenkindern wohnen werden, wisse man noch nicht. Allerdings hätten auch diese Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Die weitere Entwicklung der Geburtenzahlen sei schwer abzuschätzen. Seit 2001 sei die Gruppenzahl von sechs auf vier Gruppen im Evangelischen Kindergarten gesunken. Der neue Mehrzweckraum würde durch die multifunktionale Nutzung einen Mehrwert schaffen. So könnte zum Beispiel außerhalb der Kindergartenöffnungszeiten dort Kinderturnen, Rückengymnastikkurse, Seniorengymnastik und VHS-Kurse stattfinden. Dies würde zu einer Entlastung der überbelegten Aula in der Schule führen. In der Sitzung des Kindergartenkuratoriums sei bis auf zwei Enthaltungen der von Architekt Schillinger ausgearbeiteten Planung zugestimmt worden.

Anschließend stellt Architekt Schillinger seine Planung anhand von Grundrissen, Ansichten und Schnitten vor. Der Mehrzweckraum soll mit einem Flachdach versehen werden. Dies wirke eleganter. Die Höhe liege dann bei rund vier Metern. Die Gesamtkosten schätzt Architekt Schillinger auf rund 626.000 Euro. Hierzu wird auf die ebenfalls dem Protokoll beigefügte Kostenschätzung verwiesen.

Der im Zuhörerraum anwesende Pfarrer Röske ergänzt, dass ein nach der Arbeitsstättenverordnung vorgeschriebener Personalraum bisher nicht vorhanden war sei.

Bürgermeister Bußhardt geht nochmals auf die der Sitzungsvorlage beigefügte Übersicht, zur Deckung der Kindergartenplätze für das laufende und das kommende Kindergartenjahr ein. So würden im März 2016 bereits sieben Plätze fehlen. Die Zahl erhöhe sich auf 18 bis im August 2016.

Pfarrer Röskamp bestätigt, dass auch die Kindergartenleitung über das Fehlen einer ganzen Gruppe überrascht gewesen sei. Für Ganztagsplätze sei jedoch mehr Platz erforderlich, da sich dies auf die zulässigen Gruppengröße auswirke. Wenn kein zusätzlicher Platz geschaffen werde, könnten auch keine weiteren Kinder mehr aufgenommen werden. Die geplante Erweiterung führe auch zu einer zusätzlichen Belastung für die Kindergartenleitung und das Personal.

Bürgermeister Bußhardt weist darauf hin, dass nicht die Evangelische Kirchengemeinde, sondern die Gemeinde Malterdingen den Bedarf decken müsse. Bisher habe man immer dem Bedarf der Eltern Rechnung getragen. Die zukünftige Entwicklung sei nicht vorhersehbar.

Gemeinderätin Schappacher wendet ein, dass der Kindergarten immer größer und dafür das Außengelände immer kleiner werde. In den bisherigen Überlegungen habe man die Situation der unter 3-jährigen Kinder noch nicht berücksichtigt. Sie fragt, ob für diese Kinder genügend Platz vorhanden sei. Auch die im Kindergarten vorhandenen Krippengruppen seien schon voll. Bevor über Gruppenräume für den Kindergarten entschieden werde, wünsche sie sich hierfür Zahlen.

Der Bedarf im Krippenbereich, so Bürgermeister Bußhardt, sei noch schwieriger abzuschätzen als im Kindergartenbereich. Sollte der Krippenbedarf weiter ansteigen, sollte dies an anderer Stelle gelöst werden, nicht jedoch im bestehenden Kindergartengebäude. Den Bestand von Pünktchen und Anton sieht er nicht für gefährdet. Dort müssten lediglich gewisse bauliche Beanstandungen noch erledigt werden. Er weist darauf hin, dass bei Schaffung einer weiteren Ü3-Einrichtung auch weitere Kosten entstehen würden. Es sei eigentlich positiv, dass man so viele Kinder in Malterdingen habe.

Da man mit einem Anbau auf dem bestehenden Kindergarten Gelände jedenfalls wieder an der Kapazitätsgrenze angelangt sei, bittet Gemeinderätin Schappacher zumindest zu prüfen, ob sich eine zweite Einrichtung in Malterdingen mit einem Standort zum Beispiel im Neubaugebiet "Kleb" nicht doch rentieren würde.

Bürgermeister Bußhardt warnt vor der Annahme, dass eine zweite Einrichtung günstiger wäre als ein Anbau am bestehenden Gebäude. Auch ein Umbau in der alten Schule wäre keinesfalls günstiger. Bei der jetzigen Lösung habe man auch das Personal beisammen.

Pfarrer Röskamp sieht den Evangelischen Kindergarten in Malterdingen in Konkurrenz zu anderen Kindergärten. Durch den Parallelbetrieb mit der Kinderkrippe und zum Beispiel das Mittagessen in Schichten komme es zu Reibungen beim Personal.

Gemeinderätin Gisela Zipse hält einen Mehrzweckraum in der gleichen Größe wie der vorhandene Raum für ausreichend. Auch sei bei der letzten Sitzung noch nicht bekannt gewesen, dass eine weitere Gruppe eingerichtet werden müsse. Durch den geplanten Anbau entstehe ein großer Komplex. Es stelle sich daher die Frage, ob man die Überlegung zum Ausbau des Obergeschosses nicht wieder aufgreifen sollte.

Bürgermeister Bußhardt entgegnet, dass man bereits mehrere Varianten diskutiert habe. Die Nutzung des Obergeschosses wäre für den Betriebsablauf jedoch nicht einfacher oder besser. Bei dem nun geplanten Mehrzweckraum sollte man auch den Mehrwert durch die mögliche

externe Nutzung sehen. Dies gelte es abzuwägen.

Dennoch wünscht auch Gemeinderätin Krumm, dass man als Alternative und Entscheidungshilfe den Ausbau des Obergeschosses und die Umnutzung der derzeit als Wohnung genutzten Räume darstellt.

Man habe, so Bürgermeister Bußhardt bei der 2001 durchgeführten Sanierung und Erweiterung bewusst auf eine weitere Nutzung des Obergeschosses verzichtet. Wenn es jedoch gewünscht werde, wolle man auch diese Alternative prüfen. Er weist allerdings auch auf die ab 1. März 2015 geltenden neuen Bestimmungen der Landesbauordnung hin. Wegen der dann geltenden verschärften Bestimmungen zum barriere- und diskriminierungsfreien Bauen, sollte der Umbau des Obergeschosses nicht weiter verfolgt werden.

Auf Frage von Gemeinderat Schuh bestätigt Architekt Schillinger, dass der Zugang zum Turnraum zwar überdacht, aber durch das Freie führen würde. Ein geschlossener Zugang würde rund 100.000 Euro mehr kosten. Auch ein Kriechkeller müsste nicht unbedingt sein. Ein solcher habe sich wegen der Bebauung an der vorhandenen Böschung jedoch angeboten. Bei einem Anschluss der Heizung an die im Kindergartengebäude bereits vorhandene Heizung bestehe keine Pflicht zur Nutzung erneuerbarer Energien. Anders sehe dies aus bei einer dezentralen Wärmeversorgung der neuen Räume. Dort verpflichtet das EWärmeG sowie die EnVO zur Nutzung regenerativer Energien.

Gemeinderat Pfister fragt nach der Freiflächengröße. Er könne sich noch nicht ganz eindeutig für die vorliegende Variante entscheiden. Mehr Flexibilität wäre wünschenswert. Daher fragt er, wieso die Containerlösung nicht weiter geprüft worden ist.

Bürgermeister Bußhardt lehnt eine Containerlösung ab. Zudem hätten sich die Preise durch die derzeit sehr große Nachfrage verdoppelt.

Es ist Aufgabe des Gemeinderates, so Gemeinderätin Schappacher auf die Finanzen zu achten. 600.000 Euro Baukosten sind zuviel. Außerdem findet sie den Gebäudekomplex zu groß. Sie wünscht daher nochmals eine Kostenschätzung für den Neubau eines zweiten Kindergartengebäudes zum Beispiel im Baugebiet "Kleb". Es wäre auch für die Anwohner der Lehgasse eine Erleichterung. Es soll eine Kostenschätzung ohne großen Aufwand angestellt werden.

Bürgermeister Bußhardt würde eine solche Berechnung vorlegen, soweit dies mehrheitlich vom Gemeinderat gewünscht wird. Allerdings würde auch ein zweiter Kindergarten einen Mehrzweckraum benötigen. Hinzu käme auch das erforderliche Personal sowie die zusätzlichen Grundstückskosten. Bei einer zu erwartenden Trägerschaft der Gemeinde würde dies auch eine Erhöhung des Personals bei der Gemeindeverwaltung erfordern. Dem vorliegenden Entwurf habe der halbe Gemeinderat bereits in der Kuratoriumssitzung zugestimmt. Eine Zustimmung des gesamten Gemeinderates wäre ein gutes Signal an den Träger und das Personal des Kindergartens.

Gemeinderat Hirzel kann mit der vorliegenden Lösung gut leben. Die bestehenden Probleme im Kindergarten könnten somit gelöst werden. Ihn stört jedoch, dass die Kinder vom bestehenden

Gebäude nur durchs Freie in den fünften Gruppenraum und den Mehrzweckraum gelangen können. Außerdem müsste noch geklärt werden, ob die durch den Neubau verringerte Freifläche noch ausreicht.

Gemeinderat Pfister fragt nach der Haltung des Kindergartenteams zu der vorgeschlagenen Planung. Es sei auch nicht ganz abwegig zu fragen, was eine externe Lösung kosten würde. Dort könnte flexibler geplant werden für die Zukunft. Dabei müsste man jedoch auch die dort künftig anfallenden laufenden Kosten mit berücksichtigen.

Bürgermeister Bußhardt berichtet, dass das Kindergartenteam die Planung positiv bewertet. Die räumliche Situation würde dadurch wesentlich verbessert. Es gebe auch kein Problem bei einer vorübergehenden Einrichtung einer fünften Gruppe. Ein zweites Kindergartengebäude in kommunaler Trägerschaft würde sicher höhere Folgekosten nach sich ziehen.

Gemeinderat Hildwein ist der Ansicht, dass man sich die Diskussion über einen zweiten Standort sparen könne. Es gehe lediglich um eine halbe Gruppe. Die Kinderzahlen könnten in ein bis zwei Jahren auch wieder zurück gehen. Den Anbau hält er für zu groß geraten. Ansonsten kann er sich mit der vorliegenden Planung anfreunden. Die Außenbereichsfläche müsste allerdings kompensiert werden. Positiv an der vorliegenden Planung ist, dass bei einem späteren Rückgang der Kinderzahlen ein weiterer Gruppenraum zur Nutzung für unter 3-jährige Kinder zur Verfügung stünde.

Auf Frage von Gemeinderätin Schappacher bestätigt Bürgermeister Bußhardt, dass die Kinderkrippe Pünktchen und Anton bestehen bleibe. Die dort betreuten Kinder müssen nicht in einer anderen Einrichtung aufgefangen werden.

Gemeinderat Reiner Munding überlegt, ob man nicht den jetzt bereits vorhandenen Mehrzweckraum zu einem Gruppenraum umnutzen könnte. Eventuell könnte man auch im Eingangsbereich einen Mehrzweckraum anbauen und dafür die dort vorhandenen Garagen an eine andere Stelle verlegen. Für eine weitere Beratung wäre es hilfreich, wenn der Haushaltsentwurf bereits vorliegen würde. Dann könne man sehen, welche Mittel zur Verfügung stehen.

Gerade die Kindergartenfrage sei der Grund, so Bürgermeister Bußhardt weshalb der Haushaltsplan noch nicht vorliege. Auf Wunsch könne der Haushaltsplanentwurf jedoch zeitnah geliefert werden. Einen Mehrzweckraum im Eingangsbereich hält er wegen des erforderlichen Platzbedarfes nicht für möglich. Anders als bei den vorhandenen Grenzgaragen müsste mit einem Mehrzweckraum ein Grenzabstand eingehalten werden.

Gemeinderat Reiner Munding sieht die Notwendigkeit einer Erweiterung. Ein zweites Kindergartengebäude komme eher nicht in Frage. Auch das Außengelände gebe keine Alternative her. Nun gelte es noch die Feinplanung zu diskutieren. Hierzu gehört seiner Meinung nach auch die alternative Umnutzung des Obergeschosses.

Anschließend lässt Bürgermeister Bußhardt über den in der Sitzungsvorlage formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Dieser wird bei drei Jastimmen, einer Enthaltung und sieben Gegenstimmen **mehrheitlich** abgelehnt.

Gemeinderat Pfister bestätigt, dass der Gemeinderat den Kindergarten am vorhandenen Standort erhalten wolle und auch den Umbau befürwortet. Die heute vorliegende Planung werde als Basis für eine Fortführung der Planung auf Grund der heute vorgetragenen Punkte angesehen. Dies bedeute, dass man die Einbeziehung des Obergeschosses optional untersuchen soll. Hinzu komme die Frage der erforderlichen Größe des Mehrzweckraumes, sowie der Zugang zu den neuen Räumen. Außerdem müsse der Geländeverbrauch geprüft werden.

Nach Formulierung eines entsprechenden Beschlussvorschlages fasst der Gemeinderat folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Der Gemeinderat Malterdingen steht zu dem vorhandenen Standort des Kindergartens. Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Gesichtspunkte (optionale Einbeziehung des Obergeschosses, Größe des Mehrzweckraumes, Geländeverbrauch, Zugang zum Mehrzweckraum), sollen die verschiedenen Varianten nochmals überarbeitet und anschließend im Gemeinderat diskutiert werden.

3. Bushaltestelle in der Hauptstraße

- Antrag der FWG-Fraktion

Bezüglich des Sachverhaltes, den Bürgermeister Bußhardt erläutert, wird auf die Sitzungsvorlage 6/2015 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Die FWG, so Gemeinderat Hirzel, verschließe sich nicht der Realität, dass eine Bushaltestelle an jeder anderen Stelle ebenfalls stören würde. Man könne jedoch an anderen Punkten ansetzen. So gehe es zum Beispiel um das Verhalten der Busfahrer, die bei länger stehendem Bus den Motor laufen lassen. Außerdem gehe es um die Räum- und Streupflicht im Bereich der Bushaltestelle vor 7:00 Uhr. Es stelle sich die Frage, ob der zuständige Anlieger hafte, wenn der Gehweg vor seinem Anwesen vor 7:00 Uhr noch nicht geräumt ist. Hierdurch könnte die Situation für die Anwohner verbessert werden.

Bürgermeister Bußhardt will die Beschwerden über das Verhalten der Busfahrer an die Verkehrsbetriebe weiterleiten. Die Haftpflicht in Bezug auf die Räum- und Streupflicht werde geprüft. Dieser Vorgehensweise wird einvernehmlich zugestimmt.

4. Einbau einer vernetzten Rauchwarnmeldeanlage im Rathaus

- Auftragsvergabe

Bei dem Brand, den es kürzlich im Landratsamtsgebäude in Emmendingen gegeben hat, wurden vor allem auch die Büros durch Rauch und Ruß in Mitleidenschaft gezogen. Um solch großen Schäden vorzubeugen schlägt die Verwaltung vor, eine vernetzte Rauchwarnmeldeanlage zu installieren. Diese würde auf die Telefonanlage aufgeschaltet. Im Brandfall gebe es eine Meldung

an eine Sicherheitsfirma. Die Kosten für Lieferung und Montage kämen auf rund 3.500 Euro. Die Aufschaltung auf die Telefonanlage würde nochmals 100 Euro kosten. An die Sicherheitsfirma wäre ein monatlicher Betrag von 35 Euro zu zahlen.

Gemeinderat Pfister hält die Maßnahme für erforderlich. Allerdings sollten auch im Jugendraum Rauchmelder eingebaut werden.

Gemeinderat Hirzel regt an, Kontakt mit der Gebäudeversicherung aufzunehmen. Da durch die Installation einer Rauchwarnmeldeanlage das Risiko für die Versicherung geringer werde, könnte dies eventuelle beim Versicherungsbeitrag Berücksichtigung finden.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Es wird eine vernetzte Rauchwarnmeldeanlage im Rathaus installiert. Der Auftrag zur Installation wird an die Firma Elektro Langenbach GmbH & Co. KG in Malterdingen vergeben.

5. Sanierungsmaßnahmen in der Grundschule - Auftragsvergaben

Gemeinderat Schuh ist als einer der betroffenen Anbieter befangen. Er nimmt während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Bußhardt erläutert die Maßnahme. Hierzu wird auf die Sitzungsvorlage 8/2015 ö verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Gemeinderätin Gisela Zipse bestätigt die dringende Erforderlichkeit der Maßnahme.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Die Aufträge werden an die Firmen gemäß der in der Sitzungsvorlage aufgeführten Liste vergeben. In den Haushaltsplan 2015 werden bei der Gebäudeunterhaltung für die Schule zusätzlich 67.500 Euro eingestellt.

In diesem Zusammenhang informiert Bürgermeister Bußhardt, dass in den Räumen von Püntchen und Anton Im Spötzing 4 ebenfalls verschiedene Maßnahmen erforderlich sind. Hierzu verliest er den Kostenvoranschlag von Architekt Schillinger vom 3. Februar 2015. Eine Kopie des Kostenvoranschlages ist dem Protokoll ebenfalls beigelegt. Insgesamt entstehen Kosten von rund 20.000 Euro.

Gemeinderätin Schappacher kann der Vergabe sofort zustimmen, wenn dadurch die Betriebs-erlaubnis für die Kinderkrippe Püntchen und Anton erteilt wird.

Bei einer Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Die Aufträge für die Sanierungsarbeiten in der Kinderkrippe Pünktchen und Anton, Im Spötzing 4, werden gemäß der von Architekt Schillinger aufgestellten Angebotsliste vergeben.

6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 20. Januar 2015

Die Gemeinderäte haben mit der Sitzungseinladung eine Mehrfertigung des Protokolls erhalten. Nachdem keine Einwendungen erhoben werden, gilt das Protokoll als genehmigt.

7. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung

a) Neubaugebiet Autal
- Verkauf der restlichen Bauplätze

Über den Verkauf der restlichen Bauplätze im Baugebiet Autal entscheidet grundsätzlich im Einzelfall der Gemeinderat. Vor einer Veräußerung der jetzt noch freien Plätze sollen zunächst die bestehenden Reservierungen für Bauplätze abgearbeitet werden. Nach einer Abfrage bei den Interessenten soll dem Gemeinderat über den Stand der Reservierungen berichtet werden.

b) Bebauungsplan "Stöck"
- Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes zur Erweiterung der vorhandenen Spielhalle in der Wiesenstraße

Der Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Stöck" zur Erweiterung der dort vorhandenen Spielhalle wird abgelehnt.

8. Bekanntgaben, Verschiedenes

a) Straßenbeleuchtung

Bürgermeister Bußhardt berichtet, dass der Stromverbrauch für die Straßenbeleuchtung in den letzten Jahren gesunken sei. Er verweist dabei auf die an die Gemeinderäte verteilte Übersicht. Eine Mehrfertigung dieser Übersicht ist dem Protokoll beigelegt.

9. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

a) Straßenbeleuchtung

Gemeinderätin Schappacher stellt fest, dass es immer mehr Straßenleuchten in der Schulstraße und Hauptstraße gebe, die orange leuchten.

Bürgermeister Bußhardt vermutet, dass dies eventuell mit dem Alter der Leuchten zusammen hängt.

Hierzu berichtet Bauhofleiter Hirsch, dass in letzter Zeit von der beauftragten Firma Vitt viele defekte Leuchtmittel ausgetauscht worden seien. Wegen eines Lieferengpasses habe man dabei orange Leuchtmittel eingebaut. Diese werden jedoch wieder ausgetauscht, sobald die neuen Leuchtmittel geliefert sind.

b) Busanbindung des Bahnhofes

Gemeinderat Hirzel berichtet, dass die derzeitige Busanbindung an den Bahnhof sehr ungünstig sei. Daher sollte zumindest im kommenden Fahrplan auf eine Verbesserung hingewirkt werden.

Bürgermeister Bußhardt zeigt sich auch nicht zufrieden mit der ihm hierzu von der SBG erteilten Antwort. Er wolle in der Sache nachhaken.

Ausgefertigt, Malterdingen, den _____

Bußhardt, Bürgermeister

Leonhardt, Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat